

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/235

7. Dezember 1972

Die Lehren aus dem Gutachter

Zur Finanz- und Geldexpertise der "Fünf Weisen"

Seite 1 und 2 / 54 Zeilen

Die Partei der Rechthaber

Strauß decouvrierte sich und die "Union"

Seite 3 / 38 Zeilen

Ein langer und schwieriger Prozeß

Zu den Schwierigkeiten zwischen Bonn und
Ostberlin

Seite 4 und 5 / 46 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Hauptallee 2-10
Postfach: 120 406
Presshaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 37 - 38
Telex: 666 946 / 666 847/
666 946 SPD D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Die Lehren aus dem Gutachten

Zur Finanz- und Geldexpertise der "Fünf Weisen"

Nachdem der Inhalt des Sachverständigengutachtens in allen Einzelheiten bekannt ist, kann getrost festgestellt werden, daß die Aussagen der "Fünf Weisen" mit Sicherheit keinen für die SPD negativen Einfluß auf den Wahlausgang gehabt hätten, wären sie noch vor dem 19. November veröffentlicht worden. Dem Wähler sind also für seine Wahlentscheidung keine "wesentlichen Informationen" vorenthalten worden, wie das der CSU-Vorsitzende Franz-Josef Strauß bereits wenige Stunden nach der Bekanntgabe der 270 Seiten starken Expertise wissen wollte.

Der Grund ist der, daß - auch nach dem Urteil der Gutachter - die wirtschaftliche Lage der Bundesrepublik sowohl in diesem als auch im nächsten Jahr besser sein wird, als es die alte und neue Opposition der Öffentlichkeit einreden wollte und wohl noch immer will. Weder Vollbeschäftigung noch wirtschaftliches Wachstum sind in Gefahr, und von einer drohenden Rezession, wie sie lange von CDU und CSU als Schreckgespenst an die Wand gemalt worden ist, ist überhaupt keine Rede.

Das einzige Problem ist die Bekämpfung des Preisauftriebs. Daß die Lösung dieser Frage absoluten Vorrang in der Wirtschaftspolitik genießen muß, darüber sind sich SPD und FDP ungeachtet der schwebenden Koalitionsverhandlungen völlig einig. Die Stabilitätsrezepte der "Weisen" - Steuererhöhungen und drastische Kürzungen der Staatsausgaben - mögen auf den ersten Blick schockieren, dennoch werden sie Anlaß zum Nachdenken sein. Während die Bundesregierung von vornherein das Gutachten als eine wichtige "Orientierungshilfe" bezeichnet hat, scheint die

Opposition in ihm nur ein erstes Kampfmittel gegen die neue Regierung zu sehen. Nicht anders kann es verstanden werden, wenn Strauß über die seiner Meinung nach "schärfste Kritik des Sachverständigenrates" frohlockt, während er andererseits sofort vor den Konsequenzen dieser Kritik, nämlich den Steuererhöhungen, warnt.

Damit muß befürchtet werden, daß CDU und CSU das böse Spiel der letzten Legislaturperiode einfach fortsetzen wollen: Kritik an der Regierung "ja", verantwortungsbewußtes Handeln und verantwortungsbewußte Alternativen aber "nein". Es muß in diesem Zusammenhang daran erinnert werden, daß sich die Opposition schon einmal bei der Einführung eines preisdämpfenden Konjunkturzuschlages der Verantwortung entzogen hat.

Als eine Illusion erscheint es, zu glauben, daß es tatsächlich zu einem Stabilitätspakt zwischen den Sozialpartnern kommen wird. Die Gewerkschaften werden es ihren Mitgliedern nicht zumuten können, daß sie auf reale Einkommensverbesserungen verzichten, ohne daß die Arbeitgeber zu Zugeständnissen auf der Preisseite bereit sind. Von dieser Bereitschaft war im Unternehmerlager bisher aber noch nicht viel zu spüren. Das Angebot des Deutschen Industrie- und Handelszuges, Produktivitätsfortschritte im Preis weiterzugeben, kann wohl kaum als Zugeständnis bezeichnet werden. Davon sollte der Verbraucher ohnehin ausgehen können.

Die Lehre aus dem Gutachten muß sein, daß Bundesregierung und Bundesbank jetzt zum weiteren Handeln aufgefordert sind. Die Finanz- und die Geldpolitik müssen aber so dosiert eingesetzt werden, daß weder die Vollbeschäftigung noch das wirtschaftliche Wachstum Schaden nehmen. (rb/7.12.1972/ks/ex)

Die Partei der Rechthaber

Strauß decouvrierte sich und die "Union"

"Wir wissen, daß wir recht haben, aber wir haben nicht Recht bekommen. Und wir müssen jetzt dahin arbeiten, daß wir Recht behalten und Recht bekommen."

Man muß diese beiden Sätze langsam, ruhig und sorgfältig lesen. Man kann sie als banalpolitische Phrasen einordnen, was sie auf den ersten Blick auch zu sein scheinen. Oder man muß sie als die Aussage eines Programms bewerten, das nichts anderes zum Ziel hat, als, komme was da wolle, an die Macht zu gelangen: ohne Rücksicht auf die Interessen der Menschen, die in diesem Staat Bundesrepublik Deutschland leben.

Man braucht gewiß nicht lange zu überlegen, wenn man die Frage beantworten soll, wer diese Sätze gesprochen hat. In dieser eiskalten Terminologie kann nur einer sprechen: Franz Josef Strauß. Man muß den CSU-Vorsitzenden dazu auch noch auf dem Bildschirm gesehen haben, wenn er solche und ähnliche Aussagen macht: hektisch, zuschnappend und mit dem, den Zuschauer erschreckenden ewigen Stereotyp-Lächeln, das er sich seit geraumer Zeit angewöhnt hat, und das mehr über ihn aussagt, als ihm lieb sein kann.

Was immer auch andere Politiker der CSU und vor allem der CDU heute und morgen erklären werden: Wir haben in den zwei Sätzen, die Strauß am Abend des 6. Dezember 1972 im Ersten Fernsehen gesagt hat, im Kern das ganze Oppositionsprogramm vor uns. Bei aller sachlichen Arbeit, die von den beiden "Unions"-Parteien im Laufe der nächsten vier Jahre zu leisten sein wird, bleibt für jeden Beobachter der politischen Szene die Aufgabe, zu keiner Zeit zu vergessen, daß, so sagte uns Strauß, diese Opposition unter dem selbstgesetzten Auftrag angetreten ist, unbedingt recht haben zu wollen und dieses von ihr selbstgefügte Recht mit allen denkbaren Mitteln so durchzusetzen, daß sie, die Opposition, dieses Recht auch bekommt. Oder anders ausgedrückt: Wieder an die Macht zu gelangen, von der CDU und CSU meinen, daß sie ihnen allein zukommt.

Man wird Franz Josef Strauß dankbar sein müssen, daß er seine Politik und sein politisches Credo schon jetzt, noch vor dem Beginn der Parlaments- und Regierungsarbeit, so offen, ungeschminkt und für jedermann in der Bundesrepublik verständlich dargelegt hat. Es kann daher für niemanden späterhin eine Ausrede geben, wenn er die beiden Strauß-Sätze nicht immer als stete Warnung vor Augen gehabt haben sollte. (ee/7.12.1972, bgy/ee)

+ + +

Ein langer und schwieriger Prozeß

Zu den Schwierigkeiten zwischen Bonn und Ostberlin

Die Politik menschlicher Erleichterungen im Verkehr zwischen beiden deutschen Staaten ist nicht frei von Belastungen. Hier wurde ein langer und schwieriger Prozeß, der freilich längst fällig war, eingeleitet. Er verlangt von allen viel Geduld, er hat aber auch schon gute Früchte gezeitigt. So haben in diesem Jahr dank des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin Millionen Westberliner ihre Verwandten und Freunde in Ostberlin besuchen können, was ihnen viele Jahre lang verwehrt worden war. Für sie ist die Mauer durchlässig geworden. Das allein zählt.

Der zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR vereinbarte Grundvertrag, dessen Unterzeichnung vor Weihnachten erfolgen wird, erweitert das Gebiet menschlicher Erleichterung. Es ermöglicht Besuche von Millionen von Bundesbürgern auch in den bisher für sie verschlossen gewesenen grenznahen Gebieten innerhalb der DDR. Hier tun sich manche Behörden der DDR allerdings etwas schwer, sie verraten Unsicherheit und wollen erreichen, daß gewisse Schichten der Bevölkerung von dem zu erwartenden Besucherstrom aus dem Westen ausgespart bleiben. Angebliche Sicherheitsgründe, wohl zu extensiv ausgelegt, müssen dafür herhalten. Der Kreis der Geheimnisträger erstreckt sich unter anderem nicht nur auf die Angehörigen der Volkspolizei und anderer staatlichen Organisationen, auch ganze Belegschaften von Betrieben sollen sich, wie aus veröffentlichten Formularen hervorgeht, verpflichten, weder Besucher aus dem Westen einzuladen noch mit ihnen Kontakte aufzunehmen. Man fürchtet die Gefahr, von westlichen Ideen angesteckt zu werden. Diese Überängstlichkeit übereifriger DDR-Behörden spricht

nicht gerade von Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen.

Nun wäre es gewiß verfehlt, dieses Bemühen mancher DDR-Behörden, gewisse Schichten ihrer Bevölkerung in Isolierung zu halten, zu dramatisieren. Niemandem wäre damit gedient, aber vielen geschadet. Die Mehrheit der DDR-Bewohner wird davon nicht betroffen. Außerdem wird, wie der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Egon Franke, überzeugend versicherte, die Bundesregierung ernsthaft bemüht und gewillt sein, ihre politischen Vereinbarungen mit der DDR mit allen Mitteln zum Tragen zu bringen, und sie wird nicht zulassen, daß diese Vereinbarungen durch administrative Maßnahmen unterlaufen werden können.

Bei allem, was sich noch an Schwierigkeiten auch nach der Unterzeichnung des Grundvertrages im Verkehr zwischen beiden deutschen Staaten ergeben sollte, muß man jedoch stets im Auge behalten: Das Eis, das so viele Jahre lang erstarrend zwischen der BRD und der DDR lag, ist zwar gebrochen, aber auch noch nicht ganz aufgetaut. Vieles wird sich in einer langen Zwischenzeit in der Stille regeln lassen, was großes Aufhebens nicht verträgt. Die DDR hat mit dem Grundvertrag gewissermaßen ein für sie noch unbekanntes Neuland betreten; sich in ihm normal zu bewegen und normal zu verhalten, wie es zwischen zivilisierten Staaten üblich ist, verursacht noch manche Beklemmung. Das sollte und kann niemanden überraschen. Doch der Prozeß eines geregelten Nebeneinanders beider deutscher Staaten ist im Gange, er läßt sich nicht aufhalten, denn er entspricht den Geboten der politischen Vernunft, der Stärkung des Friedens und den deutschen und europäischen Notwendigkeiten.

(ex/7.12.1972/bgy/ee)